

# Der Ökonomist.

## Die Staatsschuldenkommission gegen die Vermehrung der Notenausgabe.

Wien, 6. Mai.

Der Bericht der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates über die beiden neuen Darlehen, welche die österreichische Finanzverwaltung bei der Notenbank aufgenommen hat, ist eine höchst bedeutsame Warnung gegen die Ueberspannung des Bankkredits und gegen das gewaltige Anschwellen der Noteninflation. Schon die Vorführung der trockenen Ziffern zeigt, in welcher Weise die Verhältnisse sich gerade im heurigen Jahre verschärft und verschlechtert haben. Das gilt sowohl von den Schulden bei der Notenbank als von der Ausdehnung der Notenausgabe, und für diese beiden Momente sollen in folgendem die Ziffern auf Grund der authentischen Berichte der Staatsschulden-Kontrollkommission und der Bank vorgeführt werden.

Die Schuld des österreichischen Staates an die Notenbank hat sich während des Krieges in folgender Weise gestaltet. Sie betrug:

|                               |         |                  |
|-------------------------------|---------|------------------|
| Ende Dezember 1914 . . . . .  | 2.608   | Millionen Kronen |
| " Juni 1915 . . . . .         | 3.662,8 | " "              |
| " Dezember 1915 . . . . .     | 3.954   | " "              |
| " Juni 1916 . . . . .         | 6.425   | " "              |
| " Dezember 1916 . . . . .     | 8.195   | " "              |
| " Juni 1917 . . . . .         | 10.244  | " "              |
| Gegenwärtiger Stand . . . . . | 15.000  | " "              |

Aus dieser Aufstellung ist ersichtlich, daß die Schuld an die Bank im Jahre 1917 und in noch stärkerem Maße im heurigen Jahre ganz außerordentlich angeschwollen ist. Sie hat in den ersten Kriegsmonaten des Jahres 1914, wo die Mobilisierungskosten zu bedecken waren, 2,6 Milliarden erreicht, ist dann im Jahre 1915 um 1,3 Milliarden gestiegen, hat sich im Jahre 1916 um 4,2 Milliarden Kronen erhöht, dann im ersten Semester 1917 abermals eine Zunahme um 2,1 Milliarden Kronen erfahren, so daß sie am Ende des ersten Halbjahres 1917 rund 10,2 Milliarden Kronen erreichte. Dann begann das rapide Anschwellen. In den Herbstmonaten des Jahres 1917 sind in drei aufeinanderfolgenden Monaten je eine Milliarde Kronen neuer Schulden bei der Bank aufgenommen worden. Im November 1917 hat dann der Reichsrat die bekannte Resolution gefaßt, welche es der Regierung verwehren sollte, den Weg der Verschuldung an die Notenbank weiter zu betreten. Durch mehrere Monate, bis zum April des heurigen Jahres, hat dann die Inanspruchnahme der Bank ausgesetzt. Im April hat die Regierung wieder zwei Darlehen von zusammen 1908 Millionen Kronen bei der Bank aufgenommen; mit den im Herbst abgeschlossenen Schulden von 3 Milliarden macht das einen Betrag von 5 Milliarden Kronen aus, um welchen die Verpflichtung der österreichischen Staatsverwaltung an die Notenbank seit dem vorigen Sommer gewachsen ist. In kaum viel mehr als neun Monaten hat also die Schuld des österreichischen Staates an die Notenbank um 5 Milliarden Kronen, das ist um so viel zugenommen als in den Jahren 1915 und 1916 zusammengekommen.

Die Schuld Ungarns an die Notenbank ist verhältnismäßig geringer als die Schuld Oesterreichs. Nach der Quote berechnet, würde einer Schuld Oesterreichs von 15 Milliarden eine solche Verpflichtung Ungarns von 8,4 Milliarden Kronen entsprechen. Die ungarische Regierung hat sich auch das Recht vorbehalten, in dieser Höhe den Bankkredit in Anspruch zu nehmen, indem sie bei jeder Schuldaufnahme Oesterreichs sich zusichern ließ, daß die Bank ihr gleichfalls den Kredit in einem ihrer Quote entsprechenden Verhältnis einräumte. Dieses Recht wurde aber in einer größeren Anzahl von Fällen nicht ausgeübt, weil die ungarische Regierung durch ihre Kassenmanipulation, insbesondere durch die Begebung von Kassenscheinen zwischen den einzelnen Kriegsanleihen und durch die Inanspruchnahme der Geldquellen des Wiener Marktes, über relativ reichere Geldbestände verfügte, aus denen sie die Ausgaben, namentlich die in Ungarn erheblich niedrigeren Unterstützungsbeiträge, decken konnte. Die Schuld Ungarns an die Bank dürfte daher nicht acht Milliarden Kronen betragen, sondern sich eher zwischen 5 und 6 Milliarden Kronen bewegen. Beide Staaten würden danach an die Notenbank über 20 Milliarden Kronen schuldig sein.

In ähnlicher Weise hat sich der Notenumlauf entwickelt. Er bewegte sich nach den Ausweisen der Notenbank in den folgenden Ziffern:

|                              |        |                  |
|------------------------------|--------|------------------|
| Vor Kriegsausbruch . . . . . | 2.129  | Millionen Kronen |
| Ende Dezember 1914 . . . . . | 5.136  | " "              |
| " " 1915 . . . . .           | 7.162  | " "              |
| " " 1916 . . . . .           | 10.888 | " "              |
| " " 1917 . . . . .           | 18.439 | " "              |
| 15. April 1918 . . . . .     | 20.300 | " "              |

Die gegenwärtige Höhe des Notenumlaufes ist offiziell noch nicht bekanntgegeben worden. In der Ziffer von 20,3 Milliarden, welche auf einer Mitteilung des ungarischen Finanzministers Dr. Popovics beruht, ist die Kreditaufnahme Oesterreichs bereits inbegriffen, die im Monat April erfolgt ist und über welche die Staatsschulden-Kontrollkommission berichtet. Seither hat Oesterreich den Kredit bei der Bank nicht wieder angesprochen. Dagegen hat Ungarn etwas größere Summen behoben, und da sich auch sonst ein allerdings mäßiger Notenbedarf ergab, dürfte die gegenwärtige Höhe der Banknotenzirkulation etwas über 21 Milliarden Kronen betragen. Die Vermehrung des Notenumlaufes belief sich daher im ersten Kriegsjahre auf drei, im zweiten auf zwei Milliarden Kronen und hat erst im Jahre 1917 ein rasches Tempo angenommen, da in dieser Periode und namentlich in den Herbstmonaten die Zirkulation um 7,8 Milliarden Kronen, im heurigen Jahre neuerlich um mehr als 2 1/2 Milliarden Kronen sich erhöht hat.

Die Ursache der großen und rapid wachsenden Anforderungen an die Notenbank liegt nach dem Berichte der Staatsschulden-Kontrollkommission in den besonders hohen Anforderungen der Militärverwaltung und in der über-

mäßigen Zahlung für Materiallieferungen. Die Staatsschulden-Kontrollkommission empfiehlt überhaupt eine Politik der Sparsamkeit und Zurückhaltung, um die übermäßige Anschwellung des Notenumlaufes zu verhüten. Mit der langen Dauer des Krieges treten dessen schädigende Folgen für die Finanzen, die Valuta und die gesamte Volkswirtschaft immer deutlicher in die Erscheinung. Diesen Nachteilen abzuwehren und zu steuern, ist die oberste Pflicht der Finanzverwaltung und aller beteiligten Faktoren. Der Bericht der Staatsschulden-Kontrollkommission hat eine berebte Sprache und führt die Gefahren deutlich vor Augen, denen wir entgegensteuern, wenn nicht bald auf diesem Wege Einhalt getan und die Politik der weisen und erfolgreichen Sparsamkeit energisch ergriffen wird.